

## **Quelle: FPÖ Wahlprogramm Nationalratswahl 2024 (Langfassung)**

[https://www.fpoe.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe.at/NRW2024/PDF/Wahlprogramm\\_A4\\_Langversion\\_oS\\_web.pdf](https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/NRW2024/PDF/Wahlprogramm_A4_Langversion_oS_web.pdf)

(Seite 9 - Kapitel: „FREIER UND UNBEEINFLUSSTER ZUGANG ZU INFORMATION“)

### **VOLLE INFORMATIONSVIELFALT – KEINE BEVORZUGUNG EINZELNER MEDIEN**

Um informiert mitbestimmen zu können, müssen die Bürger die Möglichkeit erhalten, sich ohne willkürliche Einschränkungen zu informieren. Medien müssen vom Staat gleich behandelt werden. Die Bevorzugung des von Gesinnungsjournalismus geprägten ORF durch eine Zwangsabgabe ist nicht zu rechtfertigen – ebenso wenig die massive Förderung weniger großer Akteure durch staatliche Presseförderung, Regierungsinserate und das unausgewogene Handeln der Regulierungsbehörde RTR. Inserate durch staatliche oder staatsnahe Stellen müssen betragsmäßig begrenzt und nach einem objektiven Verfahren vergeben werden, an dem sich sämtliche Medien beteiligen können. Ebenso muss eine neue Förderstruktur geschaffen werden, an der sämtliche Medien unabhängig von ideologischen Festlegungen teilhaben können.

### **BEITRÄGE VON BIG-TECH-KONZERNEN ZUR UNTERSTÜTZUNG ÖSTERREICHISCHER MEDIEN**

Immer mehr Werbegeld aus Österreich fließt zu den „Big-Tech-Konzernen“ wie Meta Facebook, Instagram oder Google (YouTube). Dafür soll von den Konzernen ein „Digitalwerbeförderungsbeitrag“ geleistet werden. Die Einnahmen aus diesem Beitrag werden in einen nationalen Medienfonds geleitet, aus diesem wiederum österreichische Medien eine Förderung erhalten, gegliedert nach jeweiliger Reichweite. Zusätzlich soll Werbung in heimischen Medien steuerbegünstigt werden.

(Seite 12 - Kapitel: „KEINE INDOKTRINATION DURCH GLEICHGESCHALTETE MEDIEN“)

### **FAIRE FÖRDERPOLITIK STATT BEVORZUGUNG VON REGIERUNGSLAUTSPRECHERN**

Die Medienlandschaft in Österreich ist durch Einseitigkeit und Unausgewogenheit geprägt. Durch das Qualitätsjournalismus-Gesetz wird ein Gremium – besetzt durch die Regierung – installiert, das festlegt, wer als Qualitätsmedium gilt, und auch über Medienförderungen entscheidet. Alternative Medien werden als rechtsextrem oder Verschwörungstheoretiker diffamiert und von Fördergeldern abgeschnitten. Wir brauchen eine faire und transparente Förderstruktur, die die Entwicklung und Etablierung alternativer Medienkanäle ermöglicht.

### **ORF-REFORM FÜR OBJEKTIVITÄT STATT PROPAGANDA**

Die Berichterstattung des ORF entspricht in keiner Weise der Definition eines öffentlich-rechtlichen Auftrags im ORF-Gesetz. Von objektiv, unabhängig und äquidistant allen Parteien gegenüber ist sie meilenweit entfernt. Stattdessen wird versucht, die Zuschauer in Richtung einer links-grünen Ideologie zu erziehen beziehungsweise zu indoktrinieren – man denke nur an die Rolle des ORF in der

Corona-Zeit als Propagandaorgan der Regierung. Es braucht eine umfassende Reform des ORF mit dem Ziel, eine Diskurs- und Informationsplattform für möglichst alle Teile der Gesellschaft zu schaffen.

### **ÖFFENTLICH-RECHTLICHE INHALTE AUCH IN ANDEREN SENDERN FÖRDERN**

Wenn trotz intensiver Bemühungen sich das Konstrukt ORF als nicht reformierbar herausstellen sollte, ist es auch denkbar, die vorher definierten öffentlich-rechtlichen Leistungen am freien Medienmarkt auszuschreiben, sodass nach dem Bestbieterverfahren jeder geeignete Bewerber sich um öffentliche Medienaufträge bewerben und nach einem Zuschlag durch eine Vergabekommission auch Leistungen im öffentlich-rechtlichen Sektor bereitstellen kann. Damit könnten der Wettbewerb unter den verschiedenen Medien gefördert, die Kosten für die Leistungserstellung gesenkt und Innovation angekurbelt werden.

*(Seite 19 - Auszüge aus Kapitel: „FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG“ )*

### **FREIHEIT STATT ZENSUR IM INTERNET**

Zensur- und Maulkorbmaßnahmen wie das Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz schränken die Meinungsfreiheit weiter ein. Auch das einseitige Einschreiten staatlicher Institutionen wie der RTR/KommAustria behindert die Entwicklung einer echten Medien- und Meinungsvielfalt. Mit dem „Digital Services Act“ der EU ist ein neues Zensurinstrument entstanden, welches die Medien unter die „Staatskontrolle der EU“ zwingt. Kritische und kontroverse Haltungen werden oft als „Desinformation“ oder „Hassrede“ gebrandmarkt, was das genaue Gegenteil von Medien- und Meinungsfreiheit darstellt. Die Situation in Österreich und der EU wird durch Maßnahmen wie die Einführung von KI-gestützter Zensur, wie sie in China praktiziert wird, noch verschärft. Wir treten energisch für den Schutz der Meinungsfreiheit und gegen den Missbrauch von Gesetzen als Zensurwerkzeuge ein.

*(Seite 62 - Auszüge aus Kapitel: „KÖNNEN FÖRDERN STATT STAATSKÜNSTLER  
SUBVENTIONIEREN“)*

### **KRITISCH STATT KONFORM**

Die Ausgaben für Kulturschaffende müssen dringend evaluiert werden. Es ist nicht einzusehen, dass Künstler, die sich während der Corona-Krise maßnahmenkritisch gezeigt haben, von der Kulturschickeria wie Aussätzige behandelt werden, während „woke Events“ wie der sogenannte „Song Contest“ oder die „Wiener Festwochen“ mit Zwangsabgaben finanziert werden. Nebst den ORF-Skandalgehältern muss daher auch die Förderpolitik kritisch unter die Lupe genommen werden.

*(Seite 73 - Auszüge aus Kapitel: „KEINE UMWERTEILUNG INS SYSTEM, SONDERN ZU DEN MENSCHEN“)*

### **LEISTBARE STEUERN UND ABGABEN**

Österreich gilt als Höchststeuerland, und die Abgabenquote steigt kontinuierlich. Dadurch werden nicht nur das verfügbare Einkommen und die individuelle Kaufkraft künstlich verringert, sondern auch der Vermögensaufbau erschwert. Wir fordern ein Ende der Steuerungerechtigkeit: Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Strafsteuer, echte und vollständige Abschaffung der kalten Progression, Abschaffung der ORF-Zwangsteuer und eine Valorisierung des Pendlerpauschales und des amtlichen Kilometergelds.